

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666—3699, Telegramm-nr.: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 606, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preis: nm-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeiger: nm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. 15 Pf. Nr 270

MONTAG, 6. JUNI 1932

ABEND-AUSGABE

Sozialistische Republik Chile

Militärputsch stürzt Montero — Davila als radikaler Diktator

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 6. JUNI

Der Militärputsch in Chile, der am Sonnabend von der Militärfliegeraktion Boque auf die Hauptstadt Santiago übergriff, hat zu einem sozialistischen Umsturz geführt. Präsident Montero ist nach Verhandlungen mit den Unzufriedensten zurückgetreten und hat die Hauptpatr verlassen. Die Regierung hat ein Triumvirat übernommen, dessen führende Persönlichkeit der ehemalige chilenische Gesandte in Washington, Carlos Davila, ist. Sein Wirtschaftsprogramm ist außerordentlich radikal und entspricht weitgehend sozialistischen Forderungen. Die Verunsicherung sowohl in Washington als auch in New-Yorker Wirtschaftskreisen ist außerordentlich groß. Zum ersten Male hat die politische Führung in Südamerika, die durch den Niedergang des Weltmarktes vernichtet ist, zu dem Siege der antikapitalistischen Kräfte geführt.

Die Erklärung der ersten sozialistischen Republik Südamerikas wolle sich mit demnachstigen Möglichkeiten und unter völliger Überwindung des ganzen Landes. Nach den zahlreichen Militärrevolten der Vergangenheit war zunächst nicht vorausgesetzt, daß hinter dem Putsch des Fliegerkommandanten Grove eine wohlüberlegte Umsturzbewegung stand. Durch das Uebergehen der Regierungstruppen zu den Revolutionären gestaltete sich die Lage des Präsidenten Montero, der das Kabinett zu sich ins Palais gerufen hatte, sehr rasch hoffungslos. Montero ließ sich ins Palais mit Waffengewehr zur Beteiligung einrichten und gab den ihm erteilten Carabinieren den Befehl, bei einem Angriff der Revolutionäre das Feuer zu eröffnen.

Auf 60 Luftstromflugern rückten die Fliegertruppen heran und ein blutiger Kampf schien unvermeidbar. Da jedoch sich Davila und mit ihm General Vega und der Flieger Grove unbewaffnet in das Präsidentenpalais und seinen Kabinett zu dem Ultimatum, innerhalb von 20 Minuten abzutreten, widerstandslos das Palais mit Waffengewehr verließ. Da gleichzeitig dreißig Flugzeuge über dem Regierungsviertel kreisten und vier Dutzend Maschinen landeten, ließ sich der Präsident von der Unmöglichkeit jedes Widerstandes überzeugen und verließ das Palais ohne formale Abdankung. Ingehoer von den Revolutionären, aber bejubelt von der Volksmenge, begab er sich auf seinen Landhof in der Nähe von Santiago. Dann begann der Einmarsch der revolutionären Truppen, während die Carabinieren sich kampflös zurückzogen.

Das revolutionäre Programm

Am Sonntag früh wandte sich die revolutionäre Regierung mit einer Ansprache an die Bevölkerung, die die ersten wesentlichen Dokument in der Geschichte Südamerikas darstellt. Das Manifest, dem sehr bald Ausführungsregeln folgen sollen, stellt folgende Prinzipien auf: Erziehung und Bewirtschaftung der produktiven Kräfte durch den Staat, Arbeitslosigkeit für alle, Bewirtschaftung des kapitalistischen Bodens zugunsten der arbeitenden Klassen und Abwehr des ausländischen Imperialismus. Das Wirtschaftsprogramm stellt vor: Auflösung der Guts- und Grundbesitzverhältnisse, dauerhafte Kontrolle der Eisen-, Kupfer-, Silber-, Zink- und Bleiwerke, progressive Sozialisierung des Handels mit dem Ziel der Staatkontrolle über das Bankwesen und Erfassung der fremden Devisen. Der Ackerhof soll aufgelöst werden und eine verfassungskonforme Nationalökonomie mit dem Aufgabe einwerfen, eine sozialistische Verfassung zu errichten. Die Souveränität wird von der neuen Regierung anerkannt werden.

Der führende Mann der Junta ist Carlos Davila, der mit der Hilfe einer Militärdiktatur den Sozialismus in Chile verwirklicht hat. Davila ist von Beruf Journalist und entstammt einer der ersten Familien des Landes. Von 1917 bis 1927 leitete

er die erste moderne Tageszeitung Chiles „La Nacion“, um dann als chilenischer Redakteur nach Washington zu gehen. In seiner Jugend hat er auf mehreren nordamerikanischen Universitäten studiert und auf der Columbia-Universität in New York promoviert. Politisch steht er den im vergangenen Jahre geflüchten Präsidenten Bonas nahe, der in Argentinien in der Verbannung lebt und sich bereits telegraphisch mit Davila telefonisch erklärt hat. Neben Davila gilt der Fliegerkommandant Grove als der härteste Mann, dem das Reichministerium übertragen ist. Grove

ist der Sohn eines aus Romo stammenden Einwanderers, der längere Zeit als Militärdiktator in London tätig war.

Nach ist nicht zu sagen, wie sich die überrollende chilenische Bevölkerung mit dem Wandel der Dinge abfinden wird. Die Studenten haben bereits eine Demonstration gegen die neue Regierung unternommen und es scheint nicht sicher, daß die Gewerkschaften mit dem radikalen Kurs sympathisieren. Der Ausbruch der Unruhen hatten die Gewerkschaften noch mit einem Generalstreik gebroht. Andererseits ist es nicht wahrscheinlich, daß Davila ohne Zustimmung mit der organisierten Arbeiterkraft losgelassen hat. Die Massen verhalten sich vorläufig passiv.

Sehr hart sind die Beforgnisse um die Sicherheit des ausländischen Eigentums in Chile. Bisher hat die neue Regierung die Auslandsfiskalen nicht anerkannt, hat aber die zugehörigen Erklärungen abgegeben, nach denen ausländische Unternehmungen nicht betroffen werden sollen, insofern sie nicht nationale Interessen beeinträchtigen. Siehe auch zweite Seite

Vorzeitige Landtagsseinberufung

Zum Versuch einer neuen Regierungsbildung

Das Reichskabinett wird Dienstag wieder zusammentreten, um Beschlüsse und Maßnahmen zu fassen, die ihm als am vordringlichsten erscheinen. Bis dahin werden Außenminister Dr. von Neurath aus London, Reichsinnenminister Dr. von Gagl aus Döberitz zurückgekehrt sein. Es es auch gelingen wird, bis Dienstag das Kabinett durch die Ernennung eines neuen Reichsarbeitsministers vorüberzusetzen, ist zweifelhaft. Es hat sich als sehr schwierig herausgestellt, einen Nachfolger für Dr. Siegelmann, den bisherigen Sozialminister, zu finden. Das Reichsarbeitsministerium ist der Stelle nach etwa einem Dutzend Persönlichkeiten angeboten worden — als neuer Kandidat wird der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Schaefer,

genannt — der Reichskanzler hat aber immer wieder eine ablehnende Antwort erhalten. Es ist verständlich, daß niemand sich danach drängt, das Sozialministerium mit der Aufgabe zu übernehmen, die Sozialpolitik radikal abzubauen und seine eigentliche Aufgabe damit selbst zu negieren.

Die Wahl des Ministerpräsidenten

Die nächste Sitzung des Preussischen Landtages ist am 22. Juni aberkannt; die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten ist aber nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Reichspräsident Ebert hat verfügt, daß er am letzten Bunde des nationalsozialistischen Sprechers, Albrecht, klar geworden. Der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion war der Auffassung, daß eine Klärung in Preußen erst nach der Neuwahl des Reichstages werde herbeigeführt werden können. Das würde die Verlegung der Regierungsbildung bis etwa September bedeuten. Die neue Reichsregierung scheint aber eine Klärung zu einem viel früheren Zeitpunkt in für möglich zu halten. Man hört, sie wolle ihren Einfluß dahin geltend machen, daß der Preussische Landtag schon vor dem 22. Juni, möglichst am Anfang der nächsten Woche, sich wieder zusammenfassen solle.

Zur Begründung wird angeführt, daß die sehr ernste Finanzlage Preußens eine rasige Aenderung des Interregnums durch die zurückgetretenen und lediglich geistig-führende Regierung Braun erforderlich mache. Das ist, wie man weiß, auch die Auffassung des Ministerpräsidenten Braun. Er hat sich in seinem Schreiben an den Landtagspräsidenten Herrt Ausdruck gegeben. Preußen kann seine im Etat festgelegten Verpflichtungen nur erfüllen, wenn es entweder Aufschüsse vom Reich erhält oder durch Erhebung eigener neuer Steuerquellen — es ist bekanntlich an die Gehaltsteuer gedacht worden — sich neue Einnahmen schafft.

Diese finanzielle Verlegenheit Preußens ist die Veranlassung aber auch die Gelegenheit, einen einmütigen Landtag auszusenden. Es ist damit zu rechnen, daß der Preussische Landtag tatsächlich vor dem 22. Juni zusammentritt, und die Wahl eines Ministerpräsidenten schon in den nächsten Tagen in Landtage von Ebert werden wird. Dem kann es ein Versuch, ein neues preussisches Kabinett auf die Beine zu bringen, wird es bei den Staatsvertragsfraktionen der Parteien nicht sein können, da der konstitutionale Antrag auf Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung der Verfassungsordnung, die eine Wahl mit relativer Mehrheit zuließ, gefallen ist.

Von einer schwarz-braunen Koalition, die beim Zusammentritt des Landtages nicht ausgeschlossen schein, ist seit dem Sturz des Kabinetts Brüning und dem Uebertrag des Zentrums in die scharfe Opposition natürlich keine Rede mehr. Das es aber auch denkbar ist, daß das Zentrum etwa eine Stimmenthaltung üben und dadurch die Wahl eines rechts-stehenden Ministerpräsidenten ermöglichen könnte, werden die Wahlsänge mit einem negativen Ergebnis enden.

Nach der Feststellung, daß es unmöglich ist, eine neue preussische Regierung zu bilden, wird die Einleitung eines Reichs-

Der Weltbrand

Was sich in Chile ereignet hat, kann das Vorbild ähnlicher Entwicklungen in ganz Südamerika sein. Ueberall wird sich gerüttelt und umwälzen die Zustände aus, daß die notermagenden Verdränge zur Selbsthilfe gegen die bevorstehenden Folgen der Weltwirtschaftskrise verdrängen. Aus der Weltwirtschaftskrise ist ein Weltwirtschaftskrieg geworden. Und dieser Weltwirtschaftskrieg führt in den betroffenen Ländern zur Kriegswirtschaft. Der Mangel wird organisiert, die Wälder Ader gegen alle verschafft. Wenn die Generale nicht mehr durchkommen, wird die Wälfahrtswegen sozialistisch betrieben. Südamerika liegt unmittelbar vor den Toren der Vereinigten Staaten, die den Weltkrieg entfesselt haben und damit die größte Weltmacht geworden sind. Alle Verdränge stimmen darin überein, wie katastrophal die Verhältnisse sind und die Stimmungen in diesem Siegerlande sind. In Japan äußert sich die soziale und kulturelle Zerrüttung in Formen, die den Kennern des Landes die tiefste Beforgnis einflößen, auch wenn für den Augenblick noch die außenpolitische Abfertigung gelingen mag.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen der Staatsordnung erscheinen gleich gefährdet in Amerikabändern wie Industriegebieten, in den überseeischen Produktionszentren wie bei den durch Unterkonsum verarmten Handelsemporien.

Die Not ist allgemein. Wie Grad mag verschieden sein. Aber die Schnelligkeit, mit der das Unheil sich ausbreitet, macht den Unterschied zwischen Siegen und Besiegten, reichen und armen Nationen immer geringer. Bis jetzt aber hat es nicht den Anschein, als ob es gelingen könnte, die Gegenstände zurückzubringen und die gemeinsame Abhilfe zu organisieren.

Der Weltbrand scheidet fort. Bald da, bald dort schlagen die Flammen empor. Ueberall ist Brennholz aufgeschafft. Die Gefahr nach auf Gelingen der Technik. Die Politik, die Rettung bringen soll, arbeitet im Geiste und im Tempo von 1832. Es ist, als solle die freiwillige Feuerweh von Zuntenhäusern in Bewegung gesetzt werden, um mit dem Feuerweh einer Hellenegropfen von Gas und Dynamit zu bekämpfen J. E.